S 12 RJ 467/01 A

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 12 RJ 467/01 A

Datum 29.08.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 87/02 Datum 09.09.2003

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 29. August 2001 wird zurückgewiesen.
- II. AuÃ⊓ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist der Anspruch des Klägers auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bzw. Erwerbsminderung.

Der am 1943 geborene KlĤger ist kroatischer StaatsangehĶriger. Er hat in seiner Heimat vom 17.06.1960 bis 11.06.1966 und vom 22.02.1982 bis 18.04.1995 insgesamt 14 Jahre, 11 Monate und 10 Tage Versicherungszeiten zurĽckgelegt. Dort hat er am 15.06.1963 die Prľfung fļr einen qualifizierten Handwerker im Bauwesen fļr die MaurergewerbetĤtigkeit abgelegt, die ihn in seiner Heimat zur Ausľbung des selbstĤndigen Maurerhandwerks befĤhigte. Seit 18.04.1995 bezieht er vom RentenversicherungstrĤger in Split Invalidenrente.

In Deutschland war er vom 06.07.1970 bis 18.10.1981 insgesamt 103 Monate

versicherungspflichtig in der Bauindustrie beschäftigt. Ã∏ber die Tätigkeit des Klägers im Einzelnen konnte lediglich fþr den Zeitraum vom 03.07.1974 bis 31.03.1981, in dem der KlĤger bei der H. Bau GmbH und CoKG Stahl-Beton-Armierung beschĤftigt gewesen war, eine Arbeitgeberauskunft eingeholt werden, die übrigen Arbeitgeber, insbesondere den seiner letzten TÃxtigkeit vom 24.04.1981 bis 12.10.1981 konnten nicht mehr erreicht werden. Auf Anfrage des Sozialgerichts hat die H. Bau GmbH am 05.12. 1996 mitgeteilt, dass der KlAzger bei ihr 1974 bis 1981 als Einschaler mit Schalungsarbeiten für den Hochbau beschĤftigt gewesen war. Diese TĤtigkeit habe er bereits bei seinem Eintritt in die Firma beherrscht, es habe sich dabei um FacharbeitertÄxtigkeiten gehandelt und zwar Schalungsarbeiten, die er nach Anweisung eines Poliers ausgefļhrt habe. Er sei dafür nach dem Tarifvertrag der IG Bausteine Erden als gehobener Facharbeiter (Berufsgruppe III) entlohnt worden. Dies bestÄxtigt die H. GmbH dem KIäger erneut mit Schreiben vom 04.11.2003 worin ausgeführt ist, dass der Kläger mit der Herstellung von Schalungen aller Art im Hoch- und im Industriebau beschäftigt gewesen sei.

Erstmals hatte der KlĤger am 03.07.1995 bei der Beklagten Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit beantragt. Diesen Antrag hatte die Beklagte mit Bescheid vom 26. MĤrz 1996 abgelehnt, weil Berufs- oder ErwerbsunfĤhigkeit nicht vorliege. Beim KlĤger bestļnden als GesundheitsstĶrungen VerschleiÄ∏erscheinungen der Wirbel- sĤule, ein Bluthochdruck bei Ä∏bergewicht, Alkoholmissbrauch, leichte LeberzellschĤdigung und ein beginnendes psychoorganisches Syndrom. Er sei jedoch noch in der Lage vollschichtig leichte Arbeiten zu den Ä⅓blichen Bedingungen des Arbeitsmarkteszu verrichten. Er sei deshalb weder berufs- noch erwerbsunfĤhig. Dem Widerspruch wies sie mit Widerspruchsbescheid vom 20.08. 1996 zurÄ⅓ck.

Im daran anschlieà enden Klageverfahren wurde der Klà ger durch Dr.Z. untersucht und seine Erwerbsfà higkeit begutachtet. In seinem Gutachten vom 09.02.1998 hat der à zrztliche Sachverstà ndige als Gesundheitsstà rungen Wirbelsà ulenbeschwerden bei Abnutzungserscheinungen ohne neurologische Ausfallserscheinungen, einen Bluthochdruck ohne Rà kckwirkung auf das Herz-Kreislaufsystem, chronisch obstruktive Atemwegserkrankung und eine Fettleber festgestellt. Der Klà ger kà nne mit Rà kcksicht darauf nur noch kà rperlich leichte Arbeiten ohne Anforderung an die nervliche Belastbarkeit, ohne Heben und Tragen schwerer Lasten, ohne Rauch und Staubbelastung, vollschichtig ausfà khren, eine Tà tigkeit als Bauarbeiter sei dem Klà ger nicht mehr mà glich.

Das Sozialgericht Landshut hat mit Gerichtsbescheid vom 11. Februar 1999 die Klage daraufhin abgewiesen. Angesichts seines RestleistungsvermĶgens sei der KlĤger weder berufs- noch erwerbsunfĤhig und habe keinen Anspruch auf Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit.

Am 10.01.2000 beantragte der KlĤger erneut Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit. Im Gutachten der Invalidenkommission erster Instanz Zagreb vom 04.09.2000 hat Dr. T. im Wesentlichen die bereits früher festgestellten Gesundheitsstörungen bestätigt, darüber hinaus eine ausgeprägte psychische

Störung in Form eines depressiven psychoorganischen Syndroms festgestellt. Der Kläger sei nur noch zu leichten Arbeiten ýberwiegend im Sitzen, in geschlossenen Räumen und zu ebener Erde in der Lage und nur noch in einem Umfang von unter zweistündiger täglicher Erwerbstätigkeit. Die Beklagte lehnte mit Bescheid vom 18.12. 2000 den Antrag des Klägers ab, weil weder Berufs- noch Erwerbsunfähigkeit vorlägen. Der Kläger sei noch zu einer vollschichtigen Erwerbstätigkeit mit leichten Arbeiten in der Lage.

Den Widerspruch wies sie mit Widerspruchsbescheid vom 27. MĤrz 2001 zurļck.

Dagegen hat der KlĤger zum Sozialgericht Landshut Klage erhoben, mit der weiter Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit begehrt. Zur Begrþndung weist er auf seine vielfachen Gesundheitsstörungen hin und darauf, dass er nach der Beurteilung der Invalidenkommission bereits seit 1995 als Invalide gelte und entsprechende Rente in seiner Heimat beziehe. Zudem habe er 1963 die Prüfung zum Ausüben der selbständigen Maurertätigkeit in seiner Heimat abgelegt und sei daher als Facharbeiter zu beurteilen.

Das Sozialgericht hat SachverstĤndigengutachten zum beruflichen LeistungsvermĶgen durch den Facharzt für Allgemeinmedizin Dr. Z. und die Fachärzte für Neurologie und Psychiatrie Dres. P. eingeholt. Im nervenĤrztlichen Gutachten vom 27.08.2001 haben die Ĥrztlichen Sachverständigen als Gesundheitsstörungen ein chronisches Wirbelsäulensyndrom sowie ein psychovegetatives Syndrom festgestellt. Mit Rücksicht darauf sei dem Kläger noch eine vollschichtige Erwerbstätigkeit ohne besondere nervliche Belastung wie durch Schicht- oder Akkordarbeit und ohne körperliche Schwerarbeit zu den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes möglich. Dr. Z. hat in seinem Gutachten vom 27.08.2001 als GesundheitsstĶrungen ein WirbelsĤulensyndrom bei Abnutzungserscheinungen ohne neurologische Ausfallserscheinungen, einen Bluthochdruck ohne wesentliche Rückwirkungen auf das Herz-Kreislaufsystem, chronisch obstruktive Atemwegserkrankung, Fettleber und psychovegetatives Syndrom festgestellt. Zusammenfassend hat er diese GesundheitsstĶrungen weder von ihrer Art noch von ihrem Umfang her als schwerwiegend geschildert, weshalb der KlĤger noch zu einer vollschichtigen TÄxtigkeit mit kĶrperlich leichten Arbeiten ohne schweres Heben und Tragen, Rauch- oder Staubbelastung und ohne gro̸e Anforderungen an die nervliche Belastbarkeit in der Lage sei.

Das Sozialgericht hat mit Urteil vom 29. August 2001 die Klage abgewiesen. Der auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verweisbare KlĤger sei mit seinem RestleistungsvermĶgen und der FĤhigkeit eine vollschichtige ErwerbstĤtigkeit auszuļben weder berufs- noch erwerbsunfĤhig noch erwerbsgemindert und habe keinen Rentenanspruch.

Dagegen wendet sich der KlĤger mit der Berufung, mit der er unter Hinweis auf die Beurteilung durch die Invalidenkommission weiter Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit bzw. Erwerbsminderung begehrt.

Auf die Beweisanordnung des Senats hat der Fachlehrer von der Berufsschule für Bauhandwerker Zimmerermeister J. am 09.07. 2003 eine berufskundliche Prüfung des Klägers durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass der Kläger nicht in der Lage war, eine Aussparung am unteren Schwierigkeitsgrad fþr eine Betondecke fachgerecht herzustellen. Zur höherwertigen Tätigkeiten im Bereich des Berufsfeldes eines Zimmerers oder Einschalers war der Kläger überhaupt nicht in der Lage. Der berufskundliche Sachverständige hat deshalb den Kläger nach dem vom Bundessozialgericht entwickelten Berufsgruppenschema in die Qualifikationstufe des einfach angelernten Arbeitnehmers mit einer Anlernzeit von bis zu einem Jahr eingestuft.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{\tilde{a}}\)ger weist dagegen darauf hin, dass er nach einer Bescheinigung der H. Bau GmbH in der Zeit vom 14.04.1975 bis 31.03.1981 als Zimmermann \(\tilde{a}\)\)\(\tilde{\tilde{a}}\)\(\tilde{\tilde{a}}\)\(\tilde{a}\)\(\til

Der KlĤger beantragt, die Beklagte unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts Landshut vom 29. August 2001 und des Bescheides vom 18. Dezember 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27. MĤrz 2001 zu verurteilen, ihm Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit, hilfsweise wegen BerufsunfĤhigkeit, hilfsweise wegen Erwerbsminderung aufgrund seines Antrages vom 10.01. 2000 zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung als unbegründet zurückzuweisen.

Sie hält die Entscheidung des Sozialgerichts weiterhin für zutreffend.

Beigezogen waren die Akten der Beklagten und die des Sozialgerichts Landshut, Az.: S 7 RJ 1282/98 A â∏ FdV sowie S 12 RJ 467/01 A, auf deren Inhalt zur Ergänzung des Tatbestandes sowie auf den Inhalt der Berufungsakte Bezug genommen wird.

EntscheidungsgrÃ1/4nde:

Der Senat folgt in seiner Entscheidung den tragenden Gründen des angefochtenen Urteils und sieht daher gemäÃ<u>□§ 153 Abs.2 SGG</u> von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgründe ab.

Ergänzend dazu ist lediglich auszuführen, dass die vom Senat hinsichtlich der beruflichen Qualifikation des Klägers durchgeführte Beweisaufnahme die vom Sozialgericht unterstellte breite Verweisbarkeit des Klägers auf Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes rechtfertigt. Der Kläger ist von seinem Fachwissen

lediglich als angelernter Arbeitnehmer des unteren Bereiches nach dem vom Bundessozialgericht entwickelten Berufsgruppenschema einzustufen und damit auf alle TÄxtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht allereinfachster Art verweisbar. Mit Rücksicht auf das beim Kläger durch das Sozialgericht festgestellte RestleistungsvermĶgen bedarf es daher keiner Benennung einer konkreten Verweisungstätigkeit. Keinesfalls genieÃ∏t der Kläger den von ihm behaupteten Berufsschutz eines Facharbeiters mit dreijĤhriger Berufsausbildung. Dies ergibt sich aus dem Ergebnis der Kenntnisprļfung durch den berufskundlichen SachverstĤndigen, bei der der KlĤger nicht einmal ein Schalungsteil am untersten Schwierigkeitsgrad fachgerecht herstellen konnte. Dies widerlegt die vom früheren Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung und zeigt, dass der KlĤger offensichtlich nicht aufgrund seiner Qualifikation, sondern aus anderen Gründen von der H. Bau GmbH wie ein Facharbeiter behandelt und â∏ wie bei flei̸igen Arbeitern durchaus üblich â∏∏ dementsprechend übertariflich entlohnt worden ist. Der Berufsschutz eines Facharbeiters IAxsst sich dadurch iedoch nicht begründen.

Das Sozialgericht hat daher den Rechtsstreit entsprechend der Sach- und Rechtslage entschieden. Ebenso wenig bestehen Anhaltspunkte, das vom Sozialgericht Landshut in seiner Entscheidung zugrunde gelegte berufliche LeistungsvermĶgen des KlĤgers zu bezweifeln. Der Senat sah daher keinen Anlass weitere SachverstĤndigengutachten von Amts wegen zur Frage des beruflichen LeistungsvermĶgens des KlĤgers einzuholen. Im sozialgerichtlichen Verfahren ist der KlĤger auf nervenĤrztlichem und sozialmedizinischem Gebiet begutachtet worden. Dabei berücksichtigen die vom Senat als erfahren bekannten SachverstĤndigen alle objektivierbaren GesundheitsstĶrungen, die sich anhand der klinischen Untersuchungen und einer umfangreichen Krankengeschichte feststellen lieÃ⊓en. Nach der auch für den Senat überzeugenden Beurteilung der ärztlichen Sachverständigen ist der Kläger damit jedoch noch zu einer vollschichtigen ErwerbstÄxtigkeit mit kĶrperlich leichten Arbeiten zu den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes in der Lage. Der KlĤger erfļllt daher weder die gesetzlichen Voraussetzungen der Berufsnoch der Erwerbsun- fĤhigkeit oder der Erwerbsminderung und hat keinen Rentenanspruch.

Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 29. August 2001 war daher zurļckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Die Revision war nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des $\frac{\hat{A}\S 160}{160}$ Abs.2 Nrn.1 und $\frac{2 \text{ SGG}}{160}$ nicht vorliegen.

Erstellt am: 08.12.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024		